

Alarm um „Bombe“ bei Pensionskassen

Wien – Mehr Transparenz, eine intensivere Kontrolle sowie eine Reform des heimischen Pensionskassen-Systems fordert der „Schutzverband der Pensionskassenberechtigten“ (Pekabe). Von den über 94.000 Beziehern einer Zusatzpension müsse mehr als ein Drittel (rund 35.000) mit überhöhten Rechnungszinsen leben, was zu Leistungskürzungen führen könne.

Die „schlafende Bombe“ seien aber rund 300.000 Anwartschaftsberechtigte, die Hochzinsverträge hätten, sich jedoch noch gar nicht im Stadium eines Pensionsbezugs befinden, erklärten Vertreter des Verbands. Diese Verträge, mehr als ein Drittel der insgesamt gut 800.000 Anwartschaftsberechtigten, kämen vor allem aus dem Banken- und E-Wirtschafts-Bereich.

Habe jemand zum Beispiel einen Rechnungszinssatz von 5 Prozent im Ver-

trag stehen, so müsste es in seiner Veranlagungs- und Risikogemeinschaft eine Performance von 7 Prozent geben, um im Jahr danach ohne Zusatzpensionskürzung auszusteiern. Doch selbst wenn jemand einen Vertrag mit 3,5 Prozent Zins habe und 4 Prozent erwirtschaftet würden, gehe sich wegen der Vermögensverwaltungskosten oft keine Pensionsaufbesserung aus. Gelöst werden könne dieses Problem nur, indem sich Berechtigte vor Pensionsantritt ihren Rechnungszins absenken lassen, wobei jeder Prozentpunkt Zinsabsenkung von Anfang an 10 Prozent weniger Zusatzpension bedeute. (TT, APA)